

A series of colorful, overlapping lines in blue, orange, yellow, green, and red flow from the left side of the page towards the center, framing the main title and the GEW logo below it.

# Bildung. Weiter denken!

A smaller version of the GEW logo, consisting of the letters 'GEW' in white on a red slanted background, positioned to the right of the horizontal lines.

GEW

## Beschlüsse

des 29. Gewerkschaftstages der GEW  
vom 9. bis 11. Juni 2021 in Leipzig

### 1.01 Aktiv gegen Rechts – für eine solidarische Gesellschaft

Rassismus, autoritäre Tendenzen und menschenfeindliche Ideologien bekämpfen – politische Bildung, demokratische Teilhabe und sozialen Zusammenhalt stärken.

Die GEW bekennt sich zum Antifaschismus als Grundpfeiler gewerkschaftlicher Arbeit und engagiert sich in diesem Sinne sowohl in gesellschafts- als auch in bildungspolitischer Perspektive „Aktiv gegen Rechts“.

Als Teil der zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen, die sich für eine solidarische und offene Gesellschaft engagieren, tritt sie Rassismus in all seinen Ausprägungen sowie anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen. Um autoritären und rechtsradikalen Tendenzen entgegenzuwirken, stärkt sie jene Kräfte, die die Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement, demokratischer Willensbildung und politischer Teilhabe als gemeinsame, notwendige Aufgabe betrachten. Die GEW sieht es als eine grundlegende Aufgabe an, sich für den Schutz gesellschaftlicher Grundwerte wie Gleichberechtigung und Solidarität sowie die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen einzusetzen.

Als Bildungsgewerkschaft bestärkt sie ihre Mitglieder, sowohl im beruflichen Alltag als auch in Projekten oder Bündnissen, aktiv und offen für eine lebendige und starke Demokratie, die Gleichberechtigung aller Menschen sowie Pluralismus und Toleranz in der Migrationsgesellschaft einzutreten. Leitlinien sind die allgemeinen Menschenrechte sowie das Berufsethos der Bildungsinternationalen, das die Beschäftigten im Bildungswesen auffordert, alle Formen von Rassismus, Vorurteilen und Diskriminierung im Bildungsbereich zu bekämpfen.

Zugleich macht sie sich für die diversitätsbewusste Professionsentwicklung in allen Bildungsbereichen für diskriminierungs-/rassismuskritische Bildungsinhalte und -didaktiken sowie für Konzepte zur politischen Bildung stark, die der gesellschaftlichen Vielfalt und den damit verbundenen Herausforderungen Rechnung tragen. Die GEW setzt sich für eine Professionalisierung des pädagogischen Handelns sowie den Ausbau der bereits existierenden Präventionsansätze mit einer geschlechterreflektierten Perspektive ein. Gleichzeitig muss in den verschiedenen Institutionen der Bildungs- und Erziehungseinrichtungen ein vorurteils- und diversitätsbewusstes Denken und Handeln gefördert und umgesetzt werden. Wir brauchen innovative und nachhaltige Ideen für die Zukunft der Gleichstellungsarbeit mit einer emanzipativen Männlichkeit und vielfältigen Geschlechterbildern.

Die GEW steht für eine offene, inklusive und solidarische Gesellschaft, in der Menschenrechte unteilbar und vielfältige Lebensentwürfe selbstverständlich sind. Solidarisch müssen wir unsere bildungs- und gleichstellungspolitischen, sozialen und demokratischen Ziele voranbringen und uns alle vor der Einschränkung und Infragestellung unserer z. T. lange erkämpften Rechte schützen.

Das System der privaten Aneignung des Mehrwerts und die daraus entspringende ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen, die Renditejagd auf dem Rücken der abhängig Beschäftigten und die damit einhergehenden sozialen Verwerfungen dürfen bei der Ursachenforschung im Hinblick auf Rechtsextremismus nie aus dem Blick geraten.

Wir erweitern bzw. konkretisieren unsere Beschlüsse 1.5 „Aktiv gegen Rechts“ und 3.6 „Bildung in der Migrationsgesellschaft. Weiter denken!“ des Gewerkschaftstages 2017 durch folgende Punkte.

#### Forderungen an die Bundes- und Landespolitik

Die GEW setzt sich für eine umfassende Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus sowie mit anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe ein, die alle Politikfelder einschließt und an der sich sämtliche staatlichen Institutionen auf der Ebene von Bund, Länder und Kommunen sowie die Zivilgesellschaft beteiligen. Eine Behinderung der Aufarbeitung des NSU-Skandals und weiterer rechtsextremer Netzwerke – z. B. in der Bundes- wie den Landespolizeien (NSU 2.0) oder der Bundeswehr (ganz konkret: KSK) – durch offizielle Stellen auf Bundes- wie auch Landesebene, wie sie derzeit nachweislich stattfindet, ist dabei nicht hinnehmbar und muss sofort unterbunden werden.

Neben den bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung braucht es jedoch mehr gemeinsame Anstrengungen sowie dauerhafte und ausreichende Investitionen in den verschiedenen Handlungsfeldern, um die Probleme in ihrer ganzen Breite zu bearbeiten und um demokratische Haltungen in der Gesellschaft nachhaltig zu stärken sowie die bedingungslose Einhaltung und Stärkung der Menschenrechte zu gewährleisten.

### **Dementsprechend fordert die GEW von der Bundesregierung und dem Bundestag,**

- die ressortübergreifende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und Antifeminismus sowie von anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auszubauen und zu verstetigen,
- wirkungsvolle Maßnahmen und eine koordinierte Gesamtstrategie zu entwickeln, bei deren Konzeption, Umsetzung und Evaluation sowohl die Länder als auch Sozialpartner und zivilgesellschaftliche Organisationen – insbesondere Migrantenorganisationen und Verbände von rechter, rassistischer, antifeministischer und antisemitischer Gewalt Betroffener – mit ihrer Fachexpertise einbezogen werden,
- der Herausforderung einer teilhabeorientierten Gesellschaft für alle Menschen gerecht zu werden und eine institutionelle Reform der Integrations- und Migrationspolitik anzugehen sowie einen Partizipationsrat einzurichten,
- ein Demokratiefördergesetz ohne Generalverdächtigung, u. a. verbunden mit einer Verdoppelung der abrufbaren Fördermittel des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, um eine langfristige Perspektive und verlässliche verstetigte Strukturen für politische Bildung, zivilgesellschaftliches Engagement und Präventionsarbeit zu bieten,
- eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts und die Ergänzung von gemeinnützigen Zwecken in der Abgabenordnung, um das zivilgesellschaftliche Engagement für menschenrechtsorientierte Bildung, antirassistische und feministische Arbeit sowie antifaschistische Erinnerungs- und Bildungsarbeit zu stärken und Rechtsunsicherheiten abzubauen,
- Schutzlücken im rechtlichen Diskriminierungsschutz zu schließen, die Zuständigkeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes auszuweiten,
- die Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für Betroffene von (rassistischer) Diskriminierung und Opfer rechter Gewalt auszubauen,
- ein Programm zur Förderung qualitativer Rassismusforschung sowie zur Qualitätsentwicklung rassistisch-kritischer Ansätze in allen Bildungsbereichen,
- ein Bundesprogramm zur Strukturförderung von flächendeckenden, unabhängigen Beschwerdestellen sowie zivilgesellschaftlicher Netzwerke zur politischen Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit,
- die Handlungskompetenz von pädagogischen Fachkräften sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu stärken,
- die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Radikalisierungsprävention und der Demokratieförderung zu stärken.

### **Die GEW fordert die KMK und die Landesregierungen auf,**

- gemäß der Pariser „Erklärung zur Förderung von Politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung“ (2015) auf europäischer und nationaler Ebene verstärkt Maßnahmen im Bildungsbereich zu ergreifen, um kritisches Bewusstsein und Engagement gegen jede Art von Diskriminierung und menschenverachtender Ideologie zu fördern und Demokratie, politische Teilhabe sowie sozialen Zusammenhalt zu stärken,
- ihre aktuellen Empfehlungen „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“ und „Menschenrechtsbildung in der Schule“ im Dialog mit Fachverbänden, Trägern und Zentralen für politische Bildung, Gewerkschaften und Migrant\*innenorganisationen umzusetzen und zu evaluieren, verbunden mit einer kritischen Bestandsaufnahme zur Umsetzung und ggf. Reformulierung der Empfehlungen zur interkulturellen Bildung und Erziehung,
- die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften und pädagogischem Personal sowie die Kooperation mit Fachkräften der außerschulischen Bildung in diesen Bereichen zu fördern und insbesondere Angebote zu rassistisch-kritischer, feministischer Bildungsarbeit, Demokratiebildung und Radikalisierungsprävention flächendeckend auszubauen, hierzu gehört auch der Unterricht in der Politischen Bildung an den Schulen mit ausreichend qualifiziertem Personal,
- historisch-politische Bildung, Menschenrechts- und Demokratiebildung, Antifeminismus-, Rassismus- und Antisemitismuskritik sowie Radikalisierungsprävention als Querschnittsaufgabe aller Fächer und Teil des Erziehungs- und Bildungsauftrags zu verankern und

hierzu entsprechende Änderungen in Schulgesetzen, Verwaltungsvorschriften sowie Revisionen von Lehrplänen, Studienordnungen, Curricula und Lehr-/Lernmaterial vorzunehmen,

- Landesantidiskriminierungsgesetze zu verabschieden und Diskriminierungsbeschwerdestellen einzurichten.

### Maßnahmen der GEW auf Bundes- und Länderebene

#### Es ist Aufgabe aller Gliederungen der GEW,

- das methodische und fachliche Know-how, die Haltungen und das Engagement ihrer Mitglieder im Themenfeld „Aktiv gegen Rechts“ zu fördern und zu unterstützen,
- über zentrale Begriffe, Argumentationsmuster und Diskursstrategien der Alten und Neuen Rechten, Ideologien der Ungleichwertigkeit, verschiedene Erscheinungsformen, Ursachen und Auswirkungen von Rassismus sowie diskriminierungs- bzw. rassistuskritische Bildungsansätze aufzuklären,
- Kooperationen, Bündnisarbeit (insbesondere vor Ort) und die fachliche Vernetzung mit Bildungsträgern, Initiativen und Organisationen ähnlicher thematischer Ausrichtung zu verstärken,

- Angriffen von Rechts ausgesetzten und von Rassismus betroffenen Kolleg\*innen politischen Rückhalt zu geben.

#### Der Hauptvorstand prüft

- die Verstetigung und Erweiterung der bisherigen Arbeitsgruppe „Aktiv gegen Rechts“.
- die Aufbereitung und Bereitstellung von Informationen, Material, Literatur und Links zu den Themenbereichen „Rechtsextremismus- und Radikalisierungsprävention“, Menschenrechts- und Demokratiebildung, historisch-politische Bildung sowie Antirassismus/Antidiskriminierung & rassistuskritische Bildungsarbeit,
- ob Argumentationstrainings, Seminare und ggf. Qualifizierungen zum Thema Antidiskriminierung mit Kooperationspartnern für verschiedene Zielgruppen sowie zuständigen Beschäftigtenvertretungen Schulungen zum Thema angeboten werden können.
- die Entwicklung einer Strategie zum Umgang mit Angriffen im Netz und ggf. Einrichtung einer GEW-„Task Force Gegenrede“, in Kooperation mit dem DGB-Bildungswerk Bund.
- die Unterstützung von Aktivitäten, Veranstaltungen und Publikationen sowie Forschungsvorhaben Dritter.

## 1.02 Aktiv gegen Rechts 2.0

Die GEW betrachtet den zunehmenden Aufstieg rechter Ideologie und rechtsnationaler bis rechtsextremer Parteien, das Erstarken rechter Netzwerke sowie vermehrte rassistische und xenophobe Angriffe mit größter Sorge. Sie tritt dieser Entwicklung entschieden entgegen. Die GEW bekräftigt ihren Einsatz für Antifaschismus, Antinationalismus und Antimilitarismus. Sie kämpft gegen alle Arten von Rassismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus, Antifeminismus (BFA 102Ä1), Ableismus, Islamfeindlichkeit und Fremdenfeindlichkeit.

### Die GEW erweitert und konkretisiert ihren Beschluss 1.5 „Aktiv gegen Rechts“ des Gewerkschaftstages 2017:

- Es gibt keine offiziell verordnete „Political Correctness“, die die Meinungsfreiheit bedroht. Das ist vielmehr eine Behauptung mit rechtsradikalem Hintergrund. Die GEW duldet es nicht, wenn rechtsradikale Kräfte den wissen-

schaftlichen Konsens hinsichtlich des Klimawandels leugnen und versuchen, wissenschaftlich gesicherte Fakten durch Verschwörungsmythen zu ersetzen. Sie wendet sich gegen rechtsradikale Angriffe auf Gleichstellung und Geschlechterforschung sowie rechtsradikale Äußerungen über Migration und Willkommenskultur. Sie trägt dazu bei, ihre Mitglieder zu befähigen, diese Elemente rechtsradikalen Denkens auch in der Form wissenschaftlicher Theorien zu erkennen und ihnen zu widersprechen. Sie hilft, im Bildungsbereich Tätige zu entlarven, die rechtsradikales Gedankengut in ihre Lehre und Forschung einfließen lassen oder Verschwörungsmythen unterstützen. Sie wendet sich gegen Auftritte von Vertreter\*innen rechtsradikaler Ideologien in Bildungseinrichtungen. Seit Jahren existiert eine politische Stiftung, die einer teilweise von rechtsradikalen Kräften geprägten Partei nahesteht. Durch Vergabe von Stipendien und Förderung von Forschungsprojekten kann sie Einfluss auf die Wissen-